



Pflege – Reine Frauensache?!

Auf dem Weg zu einer geschlechtergerechten Verteilung von Betreuungs- und Pflegearbeit

Die Menschen in Deutschland werden immer älter. Damit steigt zugleich die Zahl derjenigen Personen, die im Alter auf Pflege und Unterstützung angewiesen sind. Laut einer Berechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsförderung wird die Zahl der pflegebedürftigen Menschen bis 2050 auf fast fünf Millionen ansteigen. Derzeit sind es bundesweit ca. 2,4 Millionen. Allein in Niedersachsen wird mit einem Anstieg der Pflegebedürftigen bis 2020 auf 300.000 Personen gerechnet. Pflegearbeit wird dabei sowohl im privaten als auch im professionellen Bereich überwiegend von Frauen erbracht. „Pflege – reine Frauensache?!“, fragte daher das Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung im Rahmen einer weiteren LADIES HOURS am 21. Mai 2013.

In ihrem sehr persönlichen Grußwort betont die Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion **Johanne Modder**, dass Pflege zukünftig verstärkt als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe angesehen werden müsse und auf der politischen Agenda nach ganz oben gehöre. Leider würden (Pflege-)Dienstleistungen am Menschen in der Gesellschaft immer noch nicht angemessen wertgeschätzt, was sich zum Beispiel in der geringen Bezahlung von Pflegefachkräften zeige. Erstaunlich sei überdies der Umstand, dass auch in dieser Branche Leitungsfunktionen fast ausschließlich mit Männern besetzt seien, während doch weit über

70 Prozent der Pflegekräfte weiblich seien, so Modder.

In ihrem Impulsvortrag ging **Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe** zunächst auf die Situation von pflegenden Angehörigen ein. In Deutschland werden laut Meier-Gräwe derzeit 1,62 Millionen Pflegebedürftige ambulant betreut. Die Pflegearbeit übernehmen dabei überwiegend Angehörige – in der Regel die Ehefrauen, Töchter oder Enkelkinder. Während im Jahr 1998 74 Prozent der Pflegenden nicht erwerbstätig waren, so ist diese Zahl 2010 auf 54 Prozent gesunken. Es stellt sich also zunehmend die Frage nach der Vereinbarkeit von Beruf und Pflege, so die Schlussfolgerung der Expertin.

Das stark familienbasierte Pflegesystem in Deutschland stößt nach Ansicht von Meier-Gräwe zunehmend an seine Grenzen. Während es in den nordischen Ländern eine qualitativ hochwertige und für alle zugängliche Pflegeinfrastruktur gibt, setzt die Politik hierzulande nach wie vor auf einen hohen Anteil an Familienpflege. „Es handelt sich dabei um eine Politik, die in erster Linie versucht, die Kosten für die Pflege möglichst gering zu halten“, so die Einschätzung der Wissenschaftlerin. Erschwerend kommt hinzu, dass ein nicht ausreichend finanziertes öffentliches Pflegesystem besonders anfällig ist für die Ausbildung eines grauen Pflegemarktes – insbesondere im Bereich der 24-Stunden-Pflege. Gerade im privaten Bereich ist der Anteil der ille-



Zur Person: **Uta Meier-Gräwe**

Seit März 1994 Professorin für Wirtschaftslehre des Privathaushalts und Familienwissenschaft am Institut für Wirtschaftslehre des Haushalts und Verbrauchsforschung der Justus-Liebig-Universität Gießen. 1972 bis 1978 Studium der Ökonomie und Soziologie in Ostberlin inklusive Promotion und Kind. 1986 Habilitation zur Familiensoziologin und Lehrstuhlvertretung an der LMU München. Die Fachfrau für Frauenforschung hat Gießen seitdem die Treue gehalten, engagiert sich aber parallel in zahlreichen Enquete-Kommissionen und Sachverständigenräten („Frauen in der Green Economy“, Kompetenzzentrum Verbrauchsforschung NRW, Sachverständigenkommission für den 1. Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, etc.). Außerdem war sie fünf Jahre Bundesvorsitzende von Pro Familia und ist bis heute Vorstandsmitglied der Deutschen Liga für das Kind in Familie und Gesellschaft.



v.l.n.r.: Caren Marks MdB, Johanne Modder MdL und Edelgard Bulmahn MdB, Bundesministerin a.D.

gal beschäftigten ArbeitsmigrantInnen aus Osteuropa oder anderen Teilen der Welt in den vergangenen Jahren stark angestiegen. In der Hauptsache handelt es sich dabei wiederum um Frauen, die ohne jegliche vertragliche Absicherung ihrer Arbeit nachgehen. „Dabei wird häufig völlig unterschätzt, welches enorme Arbeitskräftepotenzial im Pflegebereich eigentlich vorhanden ist“, kritisiert **Meier-Gräwe**.

Bereits heute zeichnet sich ein Fachkräftemangel im Pflegebereich ab. Es stellt sich daher zwangsläufig die Frage, wie es zukünftig gelingen kann, den Beruf der Pflegefachkraft attraktiver zu machen. Ein erster Schritt könnte dabei die Aufnahme des Pflegeberufs in das duale Ausbildungssystem sein. Dies hätte nämlich zur Folge, dass angehende PflegerInnen keine Gebühren mehr für ihre Ausbildung bezahlen müssten. Letzten Endes führt nach Einschätzung von **Meier-Gräwe** aber kein Weg daran vorbei, „frauentypische“ Berufe auch finanziell aufzuwerten. Gerade vor dem Hin-

tergrund, dass niedrige Löhne auch im Alter eine geringe Rente zur Folge haben, gilt es hier die drohende *gender pension gap* zu schließen.

In ihrem anschließenden Kommentar merkte **Edelgard Bulmahn, MdB** kritisch an, dass unsere Gesellschaft auf die wachsende Zahl der Pflegebedürftigen noch nicht ausreichend vorbereitet sei. Pflege werde zudem fast ausschließlich als Problem wahrgenommen. Entscheidend für eine bessere Bezahlung der Pflegekräfte ist aus Sicht von Bulmahn nicht zuletzt auch die personelle Besetzung von Tarifkommissionen. Hier müssten gerade die betroffenen Frauen aktiver werden, um ihre berechtigten Interessen auch durchsetzen zu können. Um insgesamt eine bessere finanzielle Grundlage für die Pflege in Deutschland zu erreichen, müsse die Pflegeversicherung endlich zu einer Bürgerversicherung weiterentwickelt werden, so Bulmahn.

In der gemeinschaftlichen Diskussion mit den Teilnehmerinnen wurde dann noch einmal deutlich, wie wichtig eine breite

gesellschaftliche Debatte über den Wert von guter Pflege ist. In diesem Zusammenhang müsste auch deutlicher gemacht werden, dass Care-Arbeit bereits heute einen erheblichen Teil zur Wertschöpfungskette in Deutschland beiträgt. Angemerkt wurde darüber hinaus, dass der Pflegebegriff dringend einer Neudefinition bedarf.

Abschließend stellt die Moderatorin der Veranstaltung **Caren Marks, MdB** fest, dass es gerade bei der Pflege darauf ankomme, möglichst viele AkteurInnen für das Thema zu sensibilisieren. Entscheidend für den weiteren Ausbau der Pflegeinfrastruktur sei letzten Endes die Frage der Finanzierung. Hier sei nicht zuletzt die öffentliche Hand in der Pflicht, für eine gute finanzielle Ausstattung des Pflegesystems zu sorgen.

Impressum:

© Friedrich-Ebert-Stiftung
Herausgeber:
Landesbüro Niedersachsen
Theaterstraße 3
30159 Hannover
Tel.: 0511 357708-30
Fax: 0511 357708-40
E-Mail: niedersachsen@fes.de

Verantwortlich: Urban Überschar
Mitarbeit: Franziska Schröter

www.fes.de/niedersachsen
Facebook: FES-Niedersachsen
Twitter: FES_Nds

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

Aktuelle Literaturtipps:

Dr. rer. pol. Cornelia Heintze: **Auf der Highroad – der skandinavische Weg zu einem zeitgemäßen Pflegesystem. Ein Vergleich zwischen fünf nordischen Ländern und Deutschland.** Deutschland spart. Jedenfalls in manchen Bereichen. Dass es sich dabei oft um die falschen Bereiche handelt, verdeutlicht diese Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Sie zeigt, dass Pflege auch anders – besser – organisiert werden kann als es bisher bei uns geschieht. Gleichzeitig kann sich die Professionalisierung und Aufwertung des Pflegesektors gesamtwirtschaftlich positiv auswirken und einen wichtigen Beitrag zu mehr Geschlechtergerechtigkeit leisten.
<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09243-20120730.pdf>

Gesprächskreis Sozialpolitik: **Kapitaldeckung in der Krise: die Risiken privater Renten- und Pflegeversicherungen.** Bonn, 2012. Die Autoren wollen mit dieser Veröffentlichungen einen Beitrag zur Diskussion um die künftige Richtung der Sozialpolitik leisten und Handlungsempfehlungen für die Politik geben. Eine der Kernfragen ist, ob die Politik bei der Absicherung von Lebensrisiken weiter auf Privatisierung oder auf eine Stärkung des Solidarsystems setzen soll.
<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09211.pdf>

Neuer Infobrief – Gender Matters! Der Infobrief löst den Gender-Jahresbericht der Stiftung ab. Er erscheint online (www.fes.de/gender/infobrief/) und auch in begrenzter Auflage als Printversion. Auf Nachfrage lassen wir Ihnen gern ein gedrucktes Exemplar zukommen. Hier geht es zur aktuellen zweiten Ausgabe: http://www.fes.de/gender/infobrief/pdf_content/IL02_PDF.pdf

Die niedersächsische Sozialministerin Cornelia Rundt hat vor wenigen Wochen den **2. Gleichstellungsatlas für Niedersachsen** vorgestellt. Hier geht es zu den Befunden:
<http://tinyurl.com/atlasniedersachsen>

